

23. VII. 1915

169

*Obmann-Konferenz*

Schweiz getan habe. Sie solle mit allen Mitteln das Staatsmonopol im Getreidehandel verlangen. Wenn dieses Petit offiziell hinausgegeben werde, liege darin vielleicht ein Wink für die ungarische Regierung.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern gibt einen vom Magistrate ausgearbeiteten Entwurf einer Denkschrift, betreffend Getreide- und Mehlverkehr mit Ungarn, bekannt, welcher in der Bitte ausklingt, die Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung, betreffend eine gemeinsame Regelung aller den Getreideverkehr in Österreich und Ungarn betreffenden Fragen ehestens aufzunehmen und bei dieser Gelegenheit die Zuweisung angemessener, in Ungarn requirierter Getreidemengen an den österreichischen Konsum zu erreichen.

Gem.-Rat Dr. Hein wünscht eine schärfere Fassung und am Schlusse der Petition den Hinweis auf die Anarchie, die auf diesem Gebiete eingetreten sei.

Der Bürgermeister warnt davor, in Details einzugehen, es könnten sonst neuerliche Verhandlungen beginnen.

Die Konferenz stimmt der Petition einhellig zu.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern verliest bezüglich der Reisbeschaffung eine vom Magistrate ausgearbeitete Denkschrift, die die Bitte an die Regierung enthält, daß die in den Reisschälfabriken vorhandenen Borräte ehestens im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 194, amtlich erhoben und jodhin bei einer etwa erforderlichen Requisition die großen Konsumplätze Österreichs, insbesondere in Wien, entsprechend berücksichtigt werden.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß er für die Großeinkaufs-Genossenschaft Reis zu verschiedenen Preisen gekauft habe, zu 40, 42 und 45 K, in letzter Zeit den Bruchreis zu 55 K, heute mit 64 K. Bessere Reissorten fehlen ganz. Frischer Reis komme überhaupt nicht mehr, da Italien seine Grenzen gesperrt habe. Ein Artikel, nämlich Marktaroni, ebenfalls nicht mehr. Das Steigen des Reispreises wird damit in Händlerkreisen begründet, daß der Nährwert eines Kilogramm Reis gleich ist dem Nährwert eines Kilogramm Bohnen oder Erbsen. Die Bohnen seien von 18 auf 80 K gestiegen. Die Bevölkerung von Wien sei zum Genuße der Hülsenfrüchte nicht zu bewegen.

Die Konferenz stimmt dem Entwurfe der Petition einhellig zu.

Die Konferenz nimmt von der Stellung einer Petition in Angelegenheit der Petroleumversorgung Abstand.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, in welchem die Forderung von Höchstpreisen für Milch aufgestellt wird.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer führt aus, daß in Wien im Dezember 1914 eine Milchknappheit eingetreten sei; es hätte eine Beratung zwischen Produzenten und Konsumenten stattgefunden, in welcher festgestellt wurde, daß diese Knappheit zurückzuführen sei auf Angstverkäufe der Bauern, auf den Mangel an Melkpersonal, auf Schwierigkeiten im Bahntransport und im Transport zur Bahn, Erhöhung der Futtermittelpreise und Erhöhung der Haushaltungskosten überhaupt. Ein Teil dieser Schwierigkeiten ließe sich nur teilweise und schwer beheben, das ist die Schwierigkeit des Transportes. Die anderen Schwierigkeiten ließen sich dadurch paralisieren, daß die Milchpreise erhöht werden, und zwar schon beim Produzenten.

Durch die Erhöhung der Preise würde die Zufuhr größer werden. Ein Haupthindernis seien jedoch die bestehenden Verträge zwischen Milchproduzenten und -Händlern. Diese gehen dahin, daß die Produzenten ihre Preise nur dann erhöhen dürfen, wenn der Detailpreis in Wien von der niederösterreichischen, der Wiener und der Friedrich'schen Molkerei erhöht wird.

Nach längeren Verhandlungen wurden die Detailpreise erhöht (2 bis 4 h). Die Milchzufuhr hat sich inzwischen erhöht und die Milchknappheit sei daher geschwunden. Ob diese Besserung auf die Erhöhung der Preise zurückzuführen sei, ist schwer zu beurteilen. Er halte Höchstpreise für Milch undurchführbar und es würde sich der Magistrat gegen dieselben aussprechen.

Marktamt-Direktor Bauer führt aus, daß die Milchzufuhr in der letzten Zeit nur mäßig gestiegen sei. Die Zufuhrmengen seien ausreichend, mit 800.000 l sei immer das Auslangen gefunden worden. Er könne vor Höchstpreisen nur warnen; die realen Produzenten würden sich nur mehr mit der Butterung befassen, die unreellen Produzenten würden einfach die Qualität der Milch vermindern. Die ungarischen Produzenten würden ebenfalls abgehalten werden, Milch nach Wien zu bringen.

Gem.-Rat Neumann erklärt ebenfalls, daß Höchstpreise nur auf eine Verteuerung der Milch abzielen würden und bemerkt, daß die Aufnahme des vom Herrn Bürgermeister angeführten Artikels nur durch ein Versehen der Redaktion in die „Arbeiter-Zeitung“ gekommen sei. Er müsse sich entschieden gegen Höchstpreise für Milch aussprechen.

Die Konferenz beschließt einstimmig, von einer Forderung nach Höchstpreisen für Milch abzusehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erteilt hierauf zu dem Referate: „Versorgung der Superarbitrierten“ dem Ober-Magistratsrat Dr. August Mayer das Wort.

(Vize-Bürgermeister Hirschammer übernimmt den Vorsitz.)

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayer teilt mit, daß das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen Anträge auf Behebung der ärgsten Mängel des dermaligen Militärversorgungssystems gestellt habe. Bezüglich der Invalidenversorgung werde eine ehebaldige Reformierung der einschlägigen Gesetze von der Regierung gefordert. Mit dieser Frage habe sich schon der Stadtrat und die Obmänner-Konferenz im Oktober v. J. befaßt. Es wird weiters bezüglich der Behandlung der im Hinterlande erkrankten Mannschajtspersonen eine Gleichstellung mit den vor dem Feind Verwundeten oder Erkrankten verlangt. Weiters werden noch Anträge gestellt bezüglich des Unterhaltsanspruches der Angehörigen von beurlaubten Eingerückten und bezüglich der Beihilfe an Superarbitrierte und deren Angehörige.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß im österreichischen Abgeordnetenhaus und in den Delegationen schon zu jener Zeit, als man die Reform des Militärstrafgesetzbuches verlangte, eine Reform des Unterhaltsbeitragsgesetzes gefordert wurde. Der Finanzminister habe sich jedoch wegen der hohen Kosten dagegen ausgesprochen. Auch jetzt sei diese Forderung wieder gestellt worden, doch könne die Reform auch jetzt nicht durchgeführt werden, weil die Mittel nicht vorhanden seien. Es bange ihm vor der Zeit, wenn der Krieg aus sei. Die Gemeinde könne die entsprechenden Mittel nicht aufbringen. Die eingeleitete Sammlung für die Witwen und Waisen sei selbstverständlich vollkommen